

Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie

über die Drucksache

**22/490: Hamburgs Parkanlagen und den Elbstrand vom Müll befreien –
„Hamburg räumt auf“ im Herbst nachholen!
(Antrag CDU)**

Vorsitz: **Stephan Gamm**

Schriftführung: **Andrea Nunne**

I. Vorbemerkung

Die Drs. 22/490 wurde am 24. Juni 2020 auf Antrag der SPD und GRÜNEN durch Beschluss der Bürgerschaft dem Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie überwiesen.

Dieser befasste sich in seiner Sitzung am 3. September 2020 abschließend mit der vorgenannten Drucksache.

II. Beratungsinhalt

Einleitend führten die CDU-Abgeordneten aus, dass gerade in Zeiten von Corona, in denen das Freizeitangebot und die Reise- und Ausflugsmöglichkeiten weiterhin eingeschränkt seien, die öffentlichen Parkanlagen sauber gehalten werden müssten, weil sie nicht nur für Kinder, deren Eltern keinen eigenen Garten hätten, als Ort zum Spielen und Toben dienen würden, sondern auch für Erwachsene und Kinder gleichermaßen als Naherholungsbereiche dienen würden. Um dem zunehmenden Vermüllen, beispielsweise an hochfrequentierten Orten wie den Alsterwiesen und am Elbstrand entgegenzuwirken, hielten sie es für notwendig, zusätzliche Mülleimer aufzustellen. Diese, betonten sie, müssten nicht fest installiert sein und könnten zum Saisonende wieder entfernt werden. Darüber hinaus sprachen sie sich dafür aus, dass die sogenannten WasteWatcher besser und flexibler den Hotspots zugewiesen werden sollten. Bezogen auf das zunehmende Vermüllen des Elbstrands gaben sie zu bedenken, dass damit nicht nur eine Verschmutzung des Strands, sondern auch der Elbe einhergehe, die den Müll über weite Strecken in andere Bereiche weitertransportiere.

Vor dem Hintergrund, dass Deutschlands größte Stadtputzaktion „Hamburg räumt auf“, die für den Zeitraum vom 20. bis 29. März 2020 vorgesehen gewesen war, coronabedingt ausfallen musste, biete die Stadtreinigung Hamburg für den Zeitraum vom 18. bis zum 21. September nunmehr alternativ eine Putzaktion rund um den „World Cleanup Day“ im kleineren Rahmen an. Diese Aktion, äußerten die CDU-Abgeordneten, sei ihres Erachtens bislang viel zu wenig beworben worden. Daher baten sie die Senatsvertreterinnen und -vertreter, an dieser Stelle die Öffentlichkeitsarbeit zu intensivieren.

Die Vertreterinnen und Vertreter des Senats äußerten, dass sie den Antrag mit Interesse und Sympathie gelesen hätten, stellen jedoch richtig, dass es die Hamburgerinnen und Hamburger nicht, wie im Antrag beschrieben, „trotz“ der coronabedingten Einschränkungen bei schönem Wetter in die Parkanlagen oder an die Elbe gezogen habe, sondern gerade „wegen“ der coronabedingten Einschränkungen.

In den vergangenen Jahren, seit die Gesamtverantwortung für die Sauberkeit des öffentlichen Raums und somit auch für die Grünanlagen und Parks an die Stadtreinigung übertragen worden war, sei es gelungen, ihren Sauberkeitszustand erheblich zu verbessern. Dies, unterstrichen sie, würde auch anhand der Monitoring-Ergebnisse sichtbar, die im Zuge des kommenden Erfahrungsberichts über die Sauberkeitsoffensive der Stadt der Bürgerschaft zugeleitet würden. Dennoch, räumten sie ein, sei die Beobachtung nicht von der Hand zu weisen, dass mit der massiven Nutzung der Grünanlagen, bedingt durch das sehr gute Wetter der letzten Wochen und wegen coronabedingter Einschränkungen, sich eine Situation ergeben habe, in der es zu neuen Belastungen im Hinblick auf Sauberkeit und Pflegezustand der Grünanlagen gekommen sei. Dennoch müsse auch gesehen werden, dass, wenn die Grünanlagen und Parks am Ende eines schönen Wochenendes stark vermüllt gewesen seien, es der Stadtreinigung Hamburg immer wieder gelungen sei, diese Anlagen bis zum nächsten Morgen zu reinigen. Das, betonten sie, sei eine beträchtliche Leistung, die auch gesehen werden müsse, und zeige, dass der Schritt, den der Senat seinerzeit mit der Übertragung der Zuständigkeit für die Reinigung von Grün- und Parkanlagen an die Stadtreinigung Hamburg gegangen sei, der richtige gewesen sei. Gleichwohl seien sie sich und auch die Stadtreinigung Hamburg ihrer Verantwortung bewusst, kontinuierlich nachsteuern zu müssen. Daher hätten sie angesichts der Erfahrungen der letzten Wochen in Abstimmung mit der Stadtreinigung Hamburg dafür gesorgt, dass eine Stärkung der WasteWatcher erfolgt sei, deren Aufgabe es unter anderem sei, normverdeutlichend tätig zu werden, weil sich Menschen in Grünanlagen und Parks nicht immer regelkonform verhalten würden und beispielsweise darauf hingewiesen werden müssten, dass es nicht erlaubt sei, ihren Müll neben einen vollen Müll-eimer zu stellen, weil er dann von Hunden und Vögeln zerrupft und durch die Grünanlagen und Parks verteilt werde. Insofern seien auch in den letzten Wochen viele Buß-gelder verhängt, und Ordnungswidrigkeitenverfahren in Gang gesetzt worden. Überdies hätten sie festgestellt, dass es sinnvoll sei, Feiernde in Grünanlagen und Parks nicht erst um 8 Uhr morgens zur Ordnung zu rufen, sondern bereits zu dem Zeitpunkt, ab dem die Verschmutzung beginne. Deshalb sei mit der Stadtreinigung Hamburg vereinbart worden, dass in Absprache mit dem Personalrat Personalkapazitäten geschaffen werden sollen, die auch zu ungewöhnlichen Zeiten eingesetzt werden können. Dies würden sie weiterhin im Auge behalten, insbesondere im Hinblick auf das nächste Frühjahr, weil ihrer Einschätzung nach die Zeit der höchsten Belastung der Grünanlagen und Parks in diesem Jahr bereits vorbei sei.

Sie bedauerten, dass die deutschlandweit größte Aufräumaktion „Hamburg räumt auf“, die es seit vielen Jahren gebe, in diesem Jahr aufgrund von Corona nicht habe durchgeführt werden können. Die Auffassung der CDU-Abgeordneten, dass diese notgedrungen kleinere Ersatzaktion, die für September vorgesehen sei, nicht ausreichend beworben würde, teilten sie nicht, sagten aber zu, diesen Aspekt trotzdem mit der Stadtreinigung Hamburg kurzfristig zu erörtern. Sie wiesen darauf hin, dass durchaus eine Reihe prominenter Aktivitäten geplant seien, die sich sowohl um die Reinigung von Grünanlagen und Parks, als auch um die Reinigung von Gewässern drehen würden. In diesem Zusammenhang wiesen sie auch darauf hin, dass die derzeitige Zuständigkeit für die Reinigung des Elbstrands noch bei der Hamburg Port Authority liege, jedoch geplant sei, diese Zuständigkeit auf die Stadtreinigung zu übertragen. Dadurch, dass in diesem Zuge auch Synergieeffekte eintreten würden, zumal die Stadtreinigung Hamburg bereits für die Wege am Elbstrand zuständig sei, zeigten sie sich zuversichtlich, dass ab 2021 ein qualitativer Sprung im Reinigungszustand des Elbstrands erfolgen werde.

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE gaben an, sowohl den Ausführungen der Senatsvertreterinnen und -vertreter, als auch denen der CDU-Abgeordneten folgen zu können, äußerten sich jedoch erstaunt, dass in dem CDU-Antrag für die Bürgerschaftssitzung am 16. September 2020 ebenfalls ein Antrag der CDU (redaktionelle

Anmerkung: vergleiche Drs. 22/1283 Schluss mit dem Chaos am Elbstrand in Blankenese und Rissen -Antrag der CDU-Fraktion-) auf der Tagesordnung stehe, bei dem, wie auch im vorliegenden Antrag, die Aufstellung von mehr und größeren Müllcontainern gefordert werde. Auf ihre Frage, ob es sich um einen wiederkehrenden Textbaustein handle, oder ob die CDU-Abgeordneten derart pessimistisch bezogen auf die Annahme ihres vorliegenden Antrags seien, räumten die CDU-Abgeordneten ein, dass sie eine Annahme des vorliegenden Antrags bezweifelten.

Dem erwiderten die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE, dass sie dann als Opposition ja all ihre Anträge wiederholen müssten, und stellten infrage, ob das der richtige Weg sei, Oppositionsarbeit zu betreiben.

Vor dem Hintergrund, dass der Antrag durchaus auf Wohlwollen gestoßen sei, lenkte der Ausschussvorsitzende ein, würde er offenbar nicht ganz in die falsche Richtung zielen.

Die Abgeordneten der GRÜNEN äußerten sich ebenfalls verwundert, dass Inhalte des vorliegenden CDU-Antrags sich in einem neuen CDU-Antrag für die kommende Bürgerschaftssitzung wiederfinden würden. Nichtsdestotrotz, fuhren sie fort, handle es sich bei besagter Thematik um ein nachvollziehbares Ärgernis, für das ihrer Einschätzung nach jedoch bereits durch die bevorstehende Übertragung der Reinigungszuständigkeit am Elbstrand von der Hamburg Port Authority auf die Stadtreinigung Hamburg Abhilfe in Sicht sei. Dennoch, gaben sie zu bedenken, müsse auch immer wieder darüber nachgedacht werden, bis zu welchem Grad das Fehlverhalten der Gesellschaft geduldet werde, das heiße, wie tolerant eine Stadt wie Hamburg sein sollte und ab wann eingegriffen werden müsse. An dieser Stelle seien die WasteWatcher diejenigen, die auf Fehlverhalten hinweisen und gegebenenfalls Konsequenzen ziehen könnten.

III. Ausschussempfehlung

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich mit den Stimmen der SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der AfD, den Antrag aus der Drs. 22/490 abzulehnen.

Andrea Nunne, Berichterstattung